

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
	011201 Grundstücksmanagement - unbebaute Grun 0112019010 Vorkostentr. Grundstücksmanagement - unbet Ansatz 2009: Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 40 Amt: 23										0					
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

Beim Produkt „Grundstücksmanagement – unbebaute Grundstücke“ werden folgende Verkaufserlöse erwartet: 2009: rd. 1,17 Mio. €, 2010 rd. 0,463 Mio. €, 2011: „0“ und 2012: 0,320 Mio. €. Die Stadtverwaltung wird gebeten, den Ansatz 2009 und die Planansätze 2010 sowie 2012 der Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken/Gebäuden detaillierter aufzuschlüsseln.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Im Bereich des Teilfinanzplanes sind Verkaufserlöse für Grundstücksverkäufe Am Rathaus 40 und am Rathaus 21, Friedhofserweiterungsfläche, Verkauf eines Grundstückes im Hildener Norden und Verkaufserlöse AWO Heiligenstraße eingeplant. Weil Grundstücksangelegenheiten im-mer nichtöffentlich beraten werden, können keine Ausführung über die betragsmäßige Zuordnung der einzelnen Beträge vorgenommen werden.

Im Ergebnishaushalt (Seite 210 des Haushaltsplanentwurfes) sind dann in den Jahren 2009 bis 2012 die Unterschiedsbeträge ausgewiesen, die sich aufgrund der bilanziellen Werte und der voraussichtlichen Verkaufserlöse als Unterschiedsbetrag ergeben.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
011301 Gebäudeunterhaltung 0113019010 Vorkostentr. Gebäudeunterhaltung Ansatz 2009: Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 41										0						
Amt: 26	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:									
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

Bei der Gebäudeunterhaltung fehlt immer noch die Kennzahl zur Bruttogrundfläche in Quadratmetern, die zum Leistungsumfang gehört. Die BA bittet um Erläuterung bzw. die Stadtverwaltung wird gebeten, die Kennzahl "Bruttogrundfläche in Quadratmetern" zu ermitteln.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Die Kennzahl "Bruttogrundfläche Gebäudeunterhaltung in m²" wurde versehentlich nicht übermittelt. Der Wert beträgt 157.765 m².

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
	011301 Gebäudeunterhaltung 0113019010 Vorkostentr. Gebäudeunterhaltung Ansatz 2009: Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Antrag Nr. 42 Amt: 26										0					
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

Die Mittel für die Gebäudeunterhaltung sollen drastisch gekürzt werden: von rd. 2,54 Mio. € in 2009 auf nur noch 0,557 Mio. € in 2012.

Wir bitten um eine Begründung für diese „SpringprozeSSION“. Die Stadtverwaltung wird gebeten zu erläutern, auf welcher Grundlage zu den Ansatz und die Planzahlen bei den Mittel für Gebäudeunterhaltung ermittelt hat.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Eine "drastische" Kürzung der Hausmittel für die Gebäudeunterhaltung in den Jahren 2010-2012 findet nicht statt. In diesen Jahren sind im Haushaltsplanentwurf lediglich die Beträge des sog. allgemeinen Wartungs- und Reparaturkostenbudgets angegeben.

Im Gegensatz zum Haushaltsjahr 2009 fehlen dort jedoch die Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen mit jeweiligen Kosten von über 5.000 €. Es macht aus Sicht der Verwaltung wenig Sinn, bereits heute Kosten für Maßnahmen konkret zu kalkulieren, die teilweise erst in einigen Jahren zur Realisierung anstehen. Der technische Fortschritt und Änderungen im allgemeinen Marktumfeld würden solche Kalkulation schnell hinfällig werden lassen. Durch jährliche Neukalkulationen dieser Maßnahmen würden nur personelle Kapazitäten gebunden, die aus Wirtschaftlichkeitsaspekten jedoch nicht zur Verfügung stehen. Die Kalkulation dieser Unterhaltungsmaßnahmen findet daher im Vorfeld des jeweiligen Haushaltsjahres statt, in dem die Maßnahmen tatsächlich durchgeführt werden sollen

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz	SPD	Differenz	dUH	Differenz	FDP	Differenz	BA	Differenz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz	Bürger-anreg.	Differenz	Ver-waltung	Differenz
		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz								
011302 Bewirtschaftung 0113020050 Energiemanagement		0										0				
Ansatz 2009:		0										0				
Ansatz 2010:	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:									
Ansatz 2011:	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:									
Ansatz 2012:	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:									
Antrag Nr. 29, 80																
Amt: 26																

Änderung Folgejahre

Erläuterung
 Antrag der CDU-Fraktion:
 Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prioritätenliste und vorbereitende Planungen für energetische Verbesserungen an städtischen Gebäuden zu erstellen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
 Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzept zu erarbeiten, nach dem der Energieverbrauch städtischer Gebäude innerhalb der nächsten 2 Jahre um 10 % gesenkt wird. Dabei sind sowohl investive als auch Weiterbildungsmaßnahmen von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum sparsamen Energieverbrauch zu berücksichtigen. Die Kommunen müssen ihrer Verantwortung für den Klimaschutz gerecht werden. Die schrittweise Reduzierung des Energieverbrauchs öffentlicher Gebäude ist ein wichtiger Beitrag dazu und hat außerdem Signalwirkung für die Bürgerinnen und Bürger.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen:
 Inhaltlich folgt dieser Haushaltsantrag dem in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 18.11.08 gestellten Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Erstellung eines Energieberichts. Dieser Antrag wird über die Sitzungsvorlage 26/102 im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss am 09.02.2009 zur Beratung gestellt. Selbstverständlich ist auch die Entwicklung eines Energiesparkonzeptes mit anschließender Umsetzung von baulichen/energetischen Maßnahmen mit personellen Folgen verbunden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion:
 Das sog. Konjunkturpaket II wurde durch den Koalitionsausschuss der Regierungsfractionen am 13.01.2009 beschlossen. Danach will der Bund Länder und Kommunen mit einem Investitionsprogramm von 10 Mrd. Euro unterstützen. Ein Schwerpunkt der geplanten Maßnahmen soll auf der Verringerung der CO2-Emissionen und der Steigerung der Energieeffizienz liegen. Allerdings sind derzeit (23.01.09) weder eine entsprechende Gesetzeslage noch eine (vorgesehene) Vereinbarung mit den Ländern vorhanden, wie die zusätzlichen Mittel einzusetzen sind. Sobald hier konkretere Informationen vorliegen, wird die Verwaltung für förderfähige Maßnahmen an städt. Gebäuden entsprechende Projektanträge stellen.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz	S P D	Differenz	dUH	Differenz	FDP	Differenz	BA	Differenz	Bündnis	Differenz	Bürger-	Differenz	Ver-	Differenz
		neuer	90/ Die	neuer	anreg.	neuer	waltung	neuer								
		Ansatz	Grünen	Ansatz		Ansatz		Ansatz								
011302 Bewirtschaftung 0113020050 Energiemanagement 520250 Strom Ansatz 2009: 588.650,00 Ansatz 2010: 618.083,00 Ansatz 2011: 648.987,00 Ansatz 2012: 681.436,00 Antrag Nr. 81 Amt: 26											8.000					
											596.650					
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre 2010: +12.000,00 €; 2011: +16.000,00 €; 2012: 20.000,00 €

Erläuterung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Stadt bezieht ab April 2009 zu 20% von den Stadtwerken Ökostrom. Dieser Anteil erhöht sich ab 2010 um weitere 10% jährlich. Sollten die Stadtwerke bis dahin nicht in der Lage sein "echten Ökostrom" zu liefern so ist der Strom bei anderen Anbietern einzukaufen. Es muss garantiert sein, dass Mehreinnahmen seitens des Anbieters in Neuanlagen zur Produktion von Ökostrom investiert wird.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Bezug von Ökostrom war bereits Gegenstand von Beratungen in der Sitzung des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses vom 22.10.2008. Dabei wurde die Verwaltung gebeten, weitere Gespräche über den Bezug von Ökostrom mit der Stadtwerke Hilden GmbH zu führen. Dies ist zwischenzeitlich geschehen. Hinsichtlich der Gesprächsergebnisse und einer Entscheidung zur weiteren Vorgehensweise wird auf die Sitzungsvorlage 26/101 verwiesen, die in der Sitzung des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses am 09.02.2009 zur Beratung ansteht.

Nur der reinen Ordnung halber sei darauf hingewiesen, dass auch in Produkten des Amtes 66 Kosten für Strom ausgewiesen sind. Wenn also auch hier Ökostrom beschafft werden soll, dürfte wohl der im Antrag ausgewiesene Erhöhungsansatz nicht ausreichend sein. In den betroffenen Produkten müsste dann zusätzlich Geld eingeplant werden.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz	SPD	Differenz	dUH	Differenz	FDP	Differenz	BA	Differenz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz	Bürger-anreg.	Differenz	Ver-waltung	Differenz
		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz
090101 Stadtplanung 0901010010 Stadtentwicklungsplanung		0								0						
Ansatz 2009:		0,00														
Ansatz 2010:	Dafür:	0,00	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
Ansatz 2011:	Dagegen:	0,00	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
Ansatz 2012:	Enth.:	0,00	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	
Antrag Nr. 31, 55	Amt: 61															

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: Auswirkungen unbekannt

Erläuterung

Antrag der CDU-Fraktion:

Nach Schließung der Albert-Schweitzer-Schule und nach möglichem Abriss der Fabriciushalle setzt sich die CDU Fraktion bei der Überplanung einer Fläche von 21.500 qm für die Ausweisung von Wohnbebauung ein. Dabei werden hohe Anforderungen an die Qualität und die Ausstattung der Bebauung gestellt. Bei der Untersuchung der Kriterien sind nicht nur intern die Vorschläge der Verwaltung gefragt, sondern auch extern die Abfrage bei Experten und Verbänden der Wohnungswirtschaft. Nach Abschluss der Untersuchung soll die Auslobung eines Wettbewerbes durchgeführt werden.

Antrag der BA-Fraktion:

Für die Fläche zwischen Albert-Schweitzer-Schule und Fabrcius-Halle soll Wettbewerb für ein städtebauliches Modellprojekt „Nachhaltiges Bauen“ ausgeschrieben werden, um daraus ein am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientiertes Quartier zu entwickeln. Dabei soll ein Teil des Geländes auch zukünftig als Spiel- und Bewegungsfläche zur Verfügung stehen. Das Areal zwischen Albert-Schweitzer-Schule und Fabricius-Halle ist innenstadtnah gelegen und kann problemlos zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem öffentlichen Nahverkehr erreicht werden. Es bietet damit die Voraussetzungen und den Raum für ein Modellprojekt „Nachhaltiges Bauen“.

Um eine größtmögliche Vielzahl dieser Belange in dem Modellprojekt berücksichtigen zu können, sollte ein Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Hinweis der Verwaltung zu den Anträgen der CDU- und BA-Fraktion:

Sowohl der Antrag Nr. 31 der CDU-Fraktion als auch der Antrag Nr. 55 der Fraktion Bürgeraktion befassen sich mit dem Thema der Wiedernutzung des Geländes zwischen Lindenstraße, Kunibertstraße, Kölner Straße und Am Wiedenhof (u.a. Albert Schweitzer-Schule). Bei einer positiven Beschlussfassung des Antrages würde die Verwaltung ihre Position (zu den Aspekten Wohnungform-Aufteilung, Nachhaltiges Bauen) den verschiedenen Verbänden und Organisationen im Bereich der Wohnungswirtschaft zustellen verbunden mit der Bitte um eine Stellungnahme. Natürlich würde anschließend über das Ergebnis in den zuständigen Ausschüssen bzw. im Rat berichtet. Dies kann voraussichtlich bis Mitte 2009 erfolgen. Ein anschließender städtebaulicher Ideenwettbewerb könnte unter Zuhilfenahme eines entsprechenden Fachbüros inhaltlich und formal von Rat und Verwaltung vorbereitet und dann auch durchgeführt werden. Die Kosten für einen solchen Wettbewerb liegen inklusive der Kosten für das Fachbüro, Preisgelder, Sachkosten etc. zwischen 50.000 und 100.000 Euro. Die Durchführung könnte in der zweiten Hälfte des Jahres 2009/ in der ersten Hälfte des Jahres 2010 erfolgen. Das Siegerergebnis würde anschließend in einen Bebauungsplan einfließen.

Inwieweit das Ergebnis dann auch ökonomisch erfolgreich ist, kann natürlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	C D U	Differenz	S P D	Differenz	dUH	Differenz	FDP	Differenz	BA	Differenz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz	Bürger-anreg.	Differenz	Ver-waltung	Differenz
		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz		neuer Ansatz
120106 Bewirtschaftung von Parkhäusern und Tiefg 1201060010 Bewirtschaftung der Parkhäuser 542221 Mieten für Immobilien 19 % VSt- Parkhäuser Ansatz 2009: 106.300,00 Ansatz 2010: 106.300,00 Ansatz 2011: 106.300,00 Ansatz 2012: 106.300,00 Antrag Nr. Amt: 26																20.000 126.300
Änderung Folgejahre 2010 - 2012: keine Änderungen																

Erläuterung
 Hinweis der Verwaltung:
 Bekanntermaßen ist die Stadt Hilden als Miteigentümer an der Tiefgarage Südstraße beteiligt. Mit heutiger Post erhalte ich vom Verwalter der Wohn-/Tiefgaragenanlage eine Kostenanforderung von 20.000 € für die Instandsetzung der Sprinkleranlage in der Tiefgarage. Anlass sind bei der vorgeschriebenen Prüfung der Anlage nach 12,5 Jahre die vorgefundenen Mängel. Die Beseitigung dieser Mängel ist Voraussetzung für den weiteren Betrieb.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU Differenz neuer Ansatz	SPD Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
150101 Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsan- 1501019010 Vorkostentr. Wirtschaftsförderungs- und Liegen- 5 Aufwendungen Ansatz 2009: 17.350,00 Ansatz 2010: 17.350,00 Ansatz 2011: 17.350,00 Ansatz 2012: 17.350,00 Antrag Nr. 73 Amt: 23					-3.000 14.350			
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2010 - 2012: -3.000,00 €

Erläuterung

Antrag der BA-Fraktion:

Das Wirtschaftsförderungsamt will für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit ab 2009 bis 2012 jeweils 12.100 € ausgeben. Der Ansatz ist gegenüber 2008 (10.500 €) um die Kosten für die Reise einer ausgesuchten Delegation zur Gewerbeimmobilien-Messe „Expo-Real“ nach München zu kürzen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Seit 2002 beteiligt sich die Stadt Hilden am Messeauftritt des Kreises Mettmann bei der EXPO REAL. Bisher sind der Stadt durch diese Beteiligung finanzielle Aufwendungen nicht entstanden, mit Ausnahme der Reisekosten und Eintrittsgebühren der Vertreter der Stadt, die als Standbesetzung und/oder Repräsentanten der Stadt jeweils vor Ort anwesend waren. Eine Kürzung des Ansatzes um die Reisekosten (- 3.000 €) würde bedeuten, dass die Stadt Hilden - obwohl als eine der 10 Städte des Kreises an der Ausstellung beteiligt - personell dort nicht vertreten wäre.

